

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs-
Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3 gespaltene Pettzeile 1,- RM.
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 27 • 37. Jahrgang

Berlin, den 4. Juli 1931

Zehnter Ordentlicher Verbandstag in Stuttgart

Dienstag, den 23. Juni 1931
Tarif und Lohnbewegungen

Dieser Gegenstand der Tagesordnung wird in geschlossener Sitzung behandelt. Das Referat hat dazu Kollege Hornke übernommen, der sich hauptsächlich mit der heutigen Situation auf dem Lohn- und Tarifgebiet beschäftigt. Nach einem Rückblick auf die letzte Zeit und die Manteltarifverhandlungen bespricht der Redner die jetzt vorliegende Sachlage und die Verhältnisse, wie sie sich lohn- und tarifpolitisch aus der Krisenzeit ergeben. Sehr interessant waren die Ausführungen über die Maßnahmen der Unternehmer im Buchdruckgewerbe vor und während der Lohnverhandlungen und die Richtlinien, die die Unternehmer zur Durchführung des Zwangsschiedspruchs an ihre Mitglieder herausgegeben haben. Auch der Königsberger Streik der Gehilfen und die Arbeiten des Abwehrausschusses der Unternehmer waren Gegenstand der Betrachtung. Das Material zur Behandlung dieser Vorkommnisse hatten die Unternehmer (allerdings nicht freiwillig) selbst geliefert, ebenfalls über die Einrichtung einer technischen Kohlsäure- und die Tarifverhältnisse im Steindruck. Auch die Tarifverhältnisse werden eingehend besprochen. Das dreistündige Referat machte einen tiefen Eindruck auf die Teilnehmer am Verbandstag.

Der Bericht des Kollegen Hornke hatte eine äußerst lebhaft und vielseitige Aussprache zur Folge. Die ganze Dienstadtung wurde mit diesem Verhandlungsgegenstand ausgefüllt, ohne daß man zum Schluß kam. Ausführlich äußerten sich die Kollegen über die in den letzten Jahren geführten Bewegungen. Gegenfälligkeiten zwischen der Verbandsleitung und namentlich den Kollegen in den Betrieben traten nicht in Erscheinung. Einmütig wurden die Maßnahmen des Vorstandes und die bei den Bewegungen eingeschlagene Taktik gebilligt. Die Debatte stand auf einer geistigen Höhe. Allseitig kam zum Ausdruck, daß der weitere Ausbau der Organisation notwendig sei, um bei besseren wirtschaftlichen Verhältnissen die in letzter Zeit verlorene Position bezüglich der Lohnhöhe wieder erlangen zu können. Der Vorsitzende des Verbandes der Lithographen und Steinrunder, Ernst Herbst, beleuchtete im Rahmen der Aussprache die Verhältnisse im Steinruckgewerbe.

Die Debatte wurde in der Sitzung vom

Mittwoch, den 24. Juni,

fortgesetzt. Im ganzen beteiligten sich 25 Kolleginnen und Kollegen an der Aussprache, wobei auch die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich Behandlung fand, obwohl diese Frage gesondert besprochen werden sollte.

Es kam zum Ausdruck, daß die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, von den Verhältnissen des Buchdruckgewerbes aus gesehen, gar nicht in Betracht kommen könne. Abgelehnt werden müsse eine Verkürzung der Arbeitszeit, wenn nicht gleichzeitig eine Entlastung des Arbeitsmarktes damit verbunden ist. Mit den Gehilfen besteht enge Gemeinschaft. Dies betonte besonders der Vertreter des Verbandes der Buchdrucker, Schweinitz (Berlin). Jede Kampfmaßnahme müsse heute sehr überlegt werden, wenn sie aber in Aussicht genommen wird, dann geschieht dies in engerer Waffenbrüderschaft zwischen den Gehilfen und den Hilfsarbeitern. In diesem Zusammenhang kam Schweinitz auf die sich immer mehr zur Gefahr auswachsende

Kommunistische Selbstjustiz zu sprechen. Die aus den Verbänden ausgeschlossenen Delegierten der kommunistischen Zeitungsbetriebe

haben auf einer Konferenz beschlossen, jeden Tag eine Stunde länger zu arbeiten, ohne dafür eine Bezahlung zu verlangen. Es soll dies eine Sonderhilfe für die kommunistische Partei bzw. der Parteigeschäfte sein. Zu der gleichen Zeit, da die Kommunisten allgemein eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich verlangen, gehen sie selbst zu einer Arbeitszeit von 54 Stunden über, wovon sechs Stunden umsonst geleistet werden. Eine derartig schändliche Handlung kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden.

Im Schlußwort setzte sich der Kollege Hornke mit den in der Aussprache vorgebrachten Wünschen auseinander. Der Vorstand habe volles Verständnis dafür, daß, wie die Debatte gezeigt, die Kollegenschaft stärkste Aktivität des Verbandes auch in Zukunft zu sehen wünscht. Er freue sich, feststellen zu können, daß Meinungsverschiedenheiten über die Taktik des Vorstandes nicht bestehen.

Der Verbandsvorsitzende Bucher ermahnte, keine Beschlüsse zu fassen, aber desto mehr an den bisherigen Gepflogenheiten festhalten, mit großer Energie das Geringste zu verteidigen und bei passender Gelegenheit einen neuen Vorstoß zu unternehmen. Die Stärke eines Verbandes zeige sich nicht in der Annahme langer Resolutionen, sondern in der stillen, unablässigen Arbeits- und Kampfbereitschaft. Der Verbandstag erklärte sich damit einverstanden.

Statutenberatung

Zu einer sorgfältig ausgearbeiteten und mit reichem Zahlenmaterial belegten Darstellung der finanziellen Möglichkeiten und Auswirkungen der gestellten Anträge nahm hierauf der Verbandskassierer, Kollege Lohndorfer, das Wort. Mit großer Entschiedenheit wandte er sich gegen alle Bestrebungen, die bestehende Beitragsregelung wesentlich zu verändern. Die lohnpolitische Entwicklung mache jeden Versuch einer Beitrags-erhöhung völlig unmöglich. Ebenso undisputabel sei aber auch die Frage einer Beitragsenkung. Das unablässige Anschwellen der gewerkschaftlichen Arbeitslosigkeit habe dem Verband einen empfindlichen Ausfall an Beitragseingängen gebracht. Auch die erfolglose Lohnsenkung habe automatisch zu Beitragsenkungen geführt, die beachtet werden müßten. Dieser rückläufigen Entwicklung der Beitragseinnahmen stehe gegenüber die gewaltige Steigerung aller Unterstühtungsausgaben. Bereits im verfloffenen Berichtsjahr bewegten sich die gesamten Ausgaben ungefähr in derselben Höhe wie die Einnahmen. Wenn dem Kampffonds des Verbandes trotzdem noch ein Überschuß zugeführt werden konnte, so ergab sich derselbe hauptsächlich aus Zinsereinnahmen, die selbstverständlich nicht zur Grundlage für irgendwelche Senkungen der Beiträge gemacht werden könnten. Dies sei die entscheidende, bei allen Beschlüssen unbedingt in Rücksicht zu ziehende Tatsache: die Beitragseinnahmen des Verbandes decken sich mit seinen Ausgaben. Nimmt die Arbeitslosigkeit unter der Verbandsmitgliedschaft weiterhin zu, so werden sich die Einnahmen im selben Tempo und Umfang vermindern, während gleichzeitig die Unterstühtungsausgaben eine entsprechende Steigerung erfahren.

Mit allem Ernste müsse auf Grund dieser Sachlage vor Veränderungen der Unterstühtungseinrichtungen gewarnt werden, die zusätzliche Steigerungen der Unterstühtungsausgaben im Gefolge haben. Ganz besonders verhängnisvoll und die finanziellen Grundlagen des Verbandes in verhältnismäßig kurzem Zeitraum zerstörend würden sich die beantragten Verlängerungen der Unterstühtungsdauer auswirken. Die Verlängerung

der Bezugsdauer in der Arbeitslosenunterstühtung nach dem Antrag 27 a, B. würde allein eine Mehrausgabe von etwa 100 000 M. erfordern. Die gleichfalls beantragte Erhöhung der Unterstühtungsjahre würde einen zusätzlichen Aufwand von etwa 110 000 bis 115 000 M. verursachen. Ähnliche Auswirkungen zeitigten die beantragten Verlängerungen und Erhöhungen in der Krankenunterstühtung. Hier würde sich ein Mehraufwand von 160 000 bis 170 000 M. ergeben. In der Invalidenunterstühtung würde die Durchführung der gestellten Anträge die unausbleibliche Folge haben, daß schon nach zwei Jahren die eingehenden Beiträge nicht mehr zur Deckung der Ausgaben ausreichen, und dann müsse auf den Reservefonds zurückgegriffen werden, der natürlich innerhalb kürzester Zeit erschöpft wäre. Es dürfe nicht außer acht gelassen werden, daß die jährlichen Einnahmen an Invalidenbeiträgen bei der Einführung etwa 60 000 M. betragen, während sie jetzt auf 48 000 M. herabgefallen sind. Gerade die Invalidenunterstühtungseinrichtung erfordere im Hinblick auf die noch arbeitenden Kolleginnen und Kollegen denkbarste Rücksichtnahme, denn sonst ständen diese eines Tages vor dem Nichts. Es müsse sogleich festgestellt werden, daß unsere Leistungen im Vergleich zu den Invalidenbeiträgen denkbar hoch liegen. Der Antrag, die Unterstühtungsjahre wie in den anderen Unterstühtungsweigen der Höhe der gezahlten Beiträge anzupassen, sei zweifellos gerecht. Jedoch sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen, an dem die erforderliche Umformung vorgenommen werden könnte.

Die wohlverstandenen Interessen der Kollegenschaft würden am besten gewahrt, wenn die bestehenden Regelungen in Kraft blieben. Unter keinen Umständen sollten Beschlüsse gefaßt werden, die den Verband zwingen, auf den Kampffonds zurückzugreifen. Das wäre der Beginn eines freiwilligen Machtentäußerungsprozesses, an dessen Ende die absolute Widerstandslosigkeit gegenüber der Willkür der Unternehmer stünde. Noch seien die finanziellen Grundlagen des Verbandes gesund, und der Weg anderer Verbände bleibe uns erspart, wenn der Verbandstag es in weiser Voraussicht beim Gegenwärtigen belasse.

Aussprache

Wenn auch zahlreiche Delegierte einer Erweiterung der Unterstühtungsleistungen des Verbandes das Wort redeten, so herrschte doch der Wille vor, die Stoßkraft des Verbandes unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Lediglich zog im Schlußwort die künftigen Gedankenkonstruktionen einzelner Diskussionsredner auf den kalten Boden des nüchtern rechnenden Verbandskassierers herab.

Vor der Abstimmung nahm der Verbandsvorsitzende Bucher zu eindringlichen Ausführungen das Wort. Er bat die Delegierten, das Augenmerk auf den Verbandsfaktel zu richten. Das Verbandsvermögen (es beträgt pro Mitglied 102 M.) ist entstanden und erhalten geblieben auf der Basis der mit Vorsicht und weiser Vorausschauung gefaßten Beschlüsse früherer Verbandstage. Es ist Selbstmord, diesen schönen Fonds durch erweiterte Unterstühtungsleistungen zu verpulvern. Das Verbandsvermögen ist der ruhende Pol in der Erscheinungen flucht. Nach diesen wirksamen Worten eines verantwortungsbewußten Verbandsvorsitzenden wurden alle Anträge, die eine Erweiterung der sozialen Unterstühtungen zum Ziele hatten, mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Aber eine Abänderung der Invalidenunterstühtung soll in der Kommission beraten werden, die sofort zusammentrat und ihre Arbeiten begann.

Die Donnerstagssitzung kann als Höhepunkt der Tagung angesehen werden. Zuerst sprach Paul Ufermann (Berlin) über

Die Strukturwandlungen der deutschen Wirtschaft

Dem zweistündigen Vortrag des Genossen Paul Ufermann (Berlin) über das obige Thema lagen folgende Gedankengänge zugrunde: Die gegenwärtige Krise kann als die erste große Normalkrise seit 24 Jahren verzeichnet werden. Kein Land bleibt davon verschont. Der wirtschaftliche Niedergang ist deshalb so verheerend, weil die Industriekrise mit einer tiefgehenden Agrarkrise zusammenfällt. Das besondere Charakteristikum dieser Depression liegt in der Tatsache, daß eine tiefste Vorratslage mit einer beispiellosen Massenarbeitslosigkeit und damit Not und Elend zusammenfällt. In allen Ländern sind wesentlich vermehrte und erweiterte Produktionsstätten vorhanden. Heute treten Länder als Produzenten von Industriewaren auf, die vor dem Kriege nur Konsumgüter waren. Am den neuen und erweiterten Industrien überhaupt Lebensmöglichkeiten zu geben, wurden Schutzmauern in einer Höhe errichtet, wie sie bis dahin nicht zu verzeichnen waren. Die Produktion von heute wird mit einem in den letzten Jahren wesentlich verbesserten technischen Apparat vorgenommen, was vor 20 Jahren noch Utopie war, ist heute Wirklichkeit geworden. Man kann geradezu von einem Fieberanfall der Technik sprechen. Ein amerikanischer Volkswirtschaftler hat ausgerechnet, daß in den vier Ländern Vereinigte Staaten, Deutschland, England und Frankreich 1124 Millionen PS primäre Kraftquellen vorhanden sind. Nimmt man eine PS gleich der Arbeitskraft von 20 Menschen, so sehen wir, daß den 275 Millionen Einwohnern in den obigen Ländern nicht weniger als 20 Milliarden Arbeitskräfte in Gestalt mechanischer Energien zur Verfügung stehen. Industrie und Handwerk in Deutschland arbeiten mit 30 Millionen PS. Mit hin entfällt auf jeden Arbeiter 1 1/2 PS. Das Papier- und Veredelungsindustrie arbeitet mit einer Energie von 950 000 PS. Von 1907 bis 1925 erfolgte eine Steigerung um 102 Proz. Die Verwendung der Elektromotoren nahm um 550 Proz. zu. Die Folgen von alledem waren eine riesenhafte gesteigerte Produktion und ein Leistungseffekt der menschlichen Arbeitskraft, der sich teilweise verdoppelt und vervielfacht. Der Referent erbrachte ein reichhaltiges Material dafür, in welcher Form die Erhöhung der Produktion in den verschiedensten Ländern, Industrien und Gewerben eingetreten ist. Während die Bevölkerung der Erde von 1913 bis 1927 um 9 Proz. stieg, nahm die Nahrungsmittelherstellung um 18 Proz. und die Rohstoffproduktion um 37 Proz. im Durchschnitt, also beides im Durchschnitt um 25 Proz. zu. Das Brot wächst mithin schneller als die Menschen. Der Neuaufbau des deutschen Industrieapparates nach dem Kriege steht in der Geschichte einzig da. Nicht weniger als 30 Milliarden, und zwar 26,5 Milliarden wurden für neue Investitionen und 12,4 Milliarden für Vorräte von 1924 bis 1928 aufgewendet. Sieht man davon die 13 Milliarden Auslandsanleihen ab, so sind in der deutschen Wirtschaft in 5 Jahren 26 Milliarden Kapital neu investiert worden. Ein großer Teil dieser riesigen Summen sind als Fehlinvestition zu verzeichnen. Der Referent behandelte daraufhin ausführlich das Problem der Arbeitslosigkeit, seine Auswirkung und seine Folgen. Er untersuchte die Grundlage der deutschen Industrie und kam zu dem Schluss, daß wahrhaftig noch auf Jahre hinaus eine große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen sein wird. Hierauf ließ er früher einzustellen und alle Maßnahmen zu treffen, um die wirtschaftlichen Errungenschaften nicht verfliegen zu lassen, ist Aufgabe verantwortlicher Gewerkschaftsführer. Derartige gesunde Gebilde wie der Verband der graphischen Hilfsarbeiter bieten bei Weitererhaltung ihrer Schlagkraft die Gewähr, daß die Arbeiterklasse wenigstens im Rahmen des Möglichen an den Segnungen der Kultur teilnehmen kann.

Die Aussage über das Referat von Ufermann war sehr interessant. Zuerst berichtete Glöth (Berlin) von den Verhandlungen im Arbeitsministerium, wozu die Regierung die Vertreter der Unternehmer und Arbeiter im graphischen Gewerbe eingeladen hatte, um eine Basis für eine Beratung über die Einführung der 40-Stunden-Woche zu finden. Dann kamen die Delegierten des Verbandstages zu Wort.

Die Rede von Ufermann wurde beifällig aufgenommen, und doch war die lebhafteste Aussprache nicht einseitig. Sie ließ erkennen, daß die Kollegen im Besitz volkswirtschaftlicher Kenntnisse und wohl in der Lage sind, sich sachlich mit diesem Thema zu beschäftigen. In seinem Schlusswort konnte Ufermann einige Irrtümer der Delegierten richtigstellen.

Namens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und damit auch im Namen der in ihm vereinten Millionen Arbeitsbrüder und -schwestern überbrachte der Bundesvorsitzende Peter Graßmann dem Verbandstag herzliche Grüße.

„Die Gewerkschaften in Wirtschaft und Staat“

gestaltete sich zu einer grundsätzlichen, ungemein eindrucksvollen Klarstellung des gewerkschaftlichen Handelns und Wollens in der Gegenwart. Es breitet sich in weiten Kreisen der Arbeiterbewegung — die laienhafte Schwere der sozialen Verhältnisse nährt solche Stimmungen — eine bedeutliche Unternehmung der Lebensstärke und -fähigkeiten des Kapitalismus aus. Demgegenüber, führte Graßmann aus, muß auf die beispiellose, ungeheure Steigerung der Produktionskräfte und auf die weiten Ausbreitungsmöglichkeiten verwiesen werden, die dem Kapitalismus immer noch, trotz der veränderten Nachkriegslage, für den Absatz der industriellen Produkte offenstehen. Was den Kapitalismus schwerstens erschüttert, ist seine augenfällige Unfähigkeit, die phantastisch gesteigerten Produktionsmengen wieder in die Kanäle der Verteilung fließen zu lassen.

Unsere Lage ist dieselbe wie im Winter 1918/19. Man kann eine umfassende Aktion gegen den Kapitalismus einleiten. Der Beginn ist klar zu sehen; das Ende hingegen liegt in undurchdringlichem Dunkel verborgen. Alles spricht dafür, daß Millionen Arbeiter mit ihrem Hundertbein den Schritt ins Ungewisse begleiten müßten. Diese Gewißheit verbietet verantwortungsvoller Führung, den Weg streupellose Phrasen und Volksbetrüger zu beschreiten.

Die Gegenwart hat die Frage der Kriegskriegstribute in den Brennpunkt des Geschehens gerückt. Nie haben Schwankungen die Haltung der Gewerkschaften zu dieser Frage zweifelhaft erscheinen lassen. Ihre Stellungnahme zum Daves- und später zum Youngplan wurde bestimmt durch die Einsicht, daß ein Gremium von Kaufleuten zur Abfassung und Durchführung der reparationspolitischen Verträge immer noch dem willkürlichen Regiment ehrgeiziger Diplomaten oder Militärs vorzuziehen ist. Bereits Carl Legien sprach auf der ersten Konferenz des ZGB, in der Nachkriegszeit das inhaltschwere und symptomatische Wort: „Wenn sie (die Reparationsverpflichtungen) nicht geändert werden, dann werden wir verrecken, aber ihr verreckt mit!“ Stets haben die Gewerkschaften die Unerschütterlichkeit der auferlegten Lasten verurteilt, und unablässig galt ihr Jäh, aber vernunftbestimmter Kampf der Milderung und Beseitigung dessen, was Deutschland unrechtmäßig aufgebürdet war und ist. Das Überfliegen der innerpolitischen Lage hat eine gerechte Würdigung der gewerkschaftlichen Haltung verbunden.

Die innerpolitische Entwicklung hat dazu geführt, daß in Deutschland mit Notverordnungen regiert wird. Rechts und links von den staatsverfallenden politischen Gruppen sind Extreme herangewachsen, deren Ziel Zerkürung, deren Methode Sabotage ist. Ihr fälschlicher Kampf gilt den Verantwortungsbewußten, die ihnen im Wege stehen. Dazwischen nistet das fürchterliche Konglomerat der bürgerlichen Splitterparteien, hat jeder großen staatspolitischen Ziele, Richtungen und Gedanken. Lebenswichtigen Aufgaben der Nation stellen sie die Verfestigung ihrer untergeordneten, kleinlichen Privatinteressen voran; sie gleichen der Asphaltjähre, auf deren geschminkter Lippe die beständige Frage schwebt: „Wenn ich dir die Liebe tue, was schenkt du mir dann?“

Warum Notverordnungen? Zwei Gründe waren für die Regierung bestimmend, sie zu erlassen: das verhängnisvolle Milliardendefizit im Reichshaushalt einerseits, die Arbeitsunfähigkeit des Reichstages andererseits. Die Notverordnung ist abschließlich, wert, weggesetzt zu werden. Niemand unter uns bekennt sich zu ihr. Und dennoch hat die Sozialdemokratie im Einvernehmen mit den freien Gewerkschaften den Sturz der Regierung Brüning und damit der Notverordnung nicht gefördert. Die Furchtbarkeit unmittelbar bevorstehender Katastrophen schrieb ihr eine vielleicht unpopuläre, ganz gewiß aber heroische Stellungnahme vor. Die Regierung benötigte für Löhne und Gehälter, für Überweisungen an Länder und Gemeinden zum Zwecke der Auszahlung von Wohlfahrtsunterstützungen dringend einen Überbrückungskredit von 250 Millionen Mark. Die Sanierung der Finanzen war die unbedingte Voraussetzung für die Erlangung von Bankkrediten. Im ganzen Reich wären Revolten an den Wohlfahrtsämtern ausgebrochen, wäre die Erlangung von Bankkrediten nicht ermöglicht worden. Ein großes Land war außerstande, zum 24. Juni zwei Auslandswechsel über 6 Millionen Mark einzulösen. Es mußte, mußte sofort und unbedingt geholfen werden; die Flucht der Auslandskredite, Kreditperrone des Auslandes, Unterbindung des Außenhandels, Verfall der Währung standen vor der Pforte. Die Goldbedeckung der Notenbank schmolz innerlich weniger Tage bis auf die gesetzliche Mindestgrenze zusammen. Am Sonnabend vor der Notverordnung wütete bereits die Devisenhamsterei, zeigten sich die Anfänge einer panischen Flucht aus der Mark. Schon war der Ansturm der Sparer und Kontentinhaber auf Banken und Kassen vorausgesehen und damit der

Bankrott der Wirtschaft, des Staates, des Chaos. Innerhalb einer einzigen Woche hätten wir 10 statt 4 Millionen Arbeitslose gehabt, ohne sie ernähren zu können. Um ihre Goldbedeckung sicherzustellen, hätte die Notenbank der Wirtschaft sofort 3 Milliarden Mark Kredite kündigen müssen, wodurch die Wirtschaft in einen Trümmerhaufen verwandelt und das Meer der Arbeitslosen um mindestens zehnfach eine Million Menschen vermehrt worden wäre. Auf der politischen Ebene stand die geinnte Reaktion Dingeldey-Hugenberg-Hiller. Reaktionen, arbeitfeindliche Diktaturen und Direktorien bereiteten sich zum Einzug in die Machtstellung vor, um die Arbeiterbewegung in Atome zerhacken zu können. Es wäre alles ganz legal vor sich gegangen. Die SPD hätte nur zum Sturz der Regierung Brüning beitragen müssen.

Das Volk hat zu seinem Glück die furchtbare Lage nicht gekannt, in der es sich vorübergehend befunden hat. Wäre sie ihm nicht verborgen geblieben, die zwangsläufig einsetzende Panikstimmung hätte das Überbrücken des gähnenden Abgrundes unmöglich gemacht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war sich mit dem Bundesvorstand des ADGB über die Erfordernisse der Stunde einig. Es ging um alles, um das Leben des Volkes und insbesondere seiner Arbeiterschaft. Sie beschränkten sich bewußt darauf, die sozialen Härten und Ungerechtigkeiten der Notverordnung zu mildern und errichteten die unzweideutige Zulage des Reichsarbeitsministers, daß er das Schlichtungswesen für einen weiteren Lohnabbau nicht mehr zur Verfügung stellen werde. Im Rahmen der umfassenden Maßnahmen der Notverordnung mag diese Zulage für sich allein betrachtet nicht überragende Bedeutung haben, obwohl sie die hochgradige Gewißheit der Beendigung des Lohnabbaues in sich einschließt. Hoch über ihr steht jedoch die Tat, durch die das Volk vor langwährendem Chaos und Untergang gerettet wurde.

Es tauchen Fragen auf: sollen wir nicht vorgehen, ehe wir vielleicht schwächer werden? Sollen wir nicht die Kräfte der wirtschaftlichen und politischen Reaktion zerstören, ehe wir selbst ihr Opfer werden? Solche Fragestellungen sind falsch; die sie erheben, könnten vielleicht dazu berechtigt sein, wenn ihnen der Nachweis gelänge, daß wir die gefährlichen Klippen dieser Zeit nicht ohne Bürgerkrieg und endgültigen Untergang umschiffen werden. Wir befinden uns in der Lage einer Streikleitung, die aus höherer Erkenntnis heraus gegen den Willen der Massen einen verlorenen Streik abwürgen muß. Lohnkämpfe großen Ausmaßes können wir bei 4 Millionen Arbeitslosen, und bei Vorhandensein einer an Zahl zwar schwachen, aber in der Aufgabe gewerkschaftlicher Grundzüge jeden Weisbietenden schlagenden Gewerkschaftsrichtung nicht führen. Wir tragen schwer an dem furchtbaren Bleigewicht unserer „Freunde“, nein, unserer Todfeinde von links müssen wir sagen, die alle unsere Demonstrationen und Aktionen zur Freude der Bourgeoisie zerstören. Darin liegt überhaupt eine der tiefsten Ursachen dafür, daß wir Verteidigungsstellung beziehen mußten.

Unser Weg ist ausgerichtet auf die Überwindung der Wirtschaftskrise. Das ist die grundlegende Voraussetzung für die kommende Veränderung unserer Frontstellung. Wahrung und Wehrung unserer Kräfte ist das Gebot der Zwischenzeit. Das Schlimmste, was der Arbeiterschaft begegnen könnte, wäre, daß sie sich in der Zurückschau einmal der ungeheuren Größe dessen bewußt werden müßte, was ihr verloren ging. Es wird nicht lange mehr dauern, bis wir mit unserem Dasein für das Befehnis zu diesem Staat Zeugnis ablegen müssen. Für diesen Staat, der weitesten Hoffnungen unerfüllten Spielraum läßt, aber noch viel weitere Möglichkeiten in sich trägt. Im Hintergrunde der Kämpfe dieser Lage steht die Frage: Brechung oder Erhaltung der gemeinschaftlichen Widerstandsfront der Arbeiterschaft; Auslieferung des einzelnen Arbeiters als „freier Arbeiter“ an den Unternehmer zu willkürlicher Ausbeutung und Beherrschung oder fester Einfügung des einzelnen in die Gemeinschaft, die ihm in seinem Verhältnis zum Kapitalismus die unerlässliche Stärke der Selbstbehauptung gibt. So klar und nüchtern, mit gelassener aber tatbereiter Unerblichkeit müssen wir den ersten Dingen der Gegenwart ins Auge schauen. Umso zukunftsreicher gestalten wir die Auswirkung dessen, wofür wir heute opfern, leiden und — kämpfen!

Der Verbandstag folgte dieser Rede mit größter Aufmerksamkeit und stimmte den Ansichten des Kollegen Graßmann mit lebhaftem Beifall zu.

Freitag, den 26. Juni

Eine Entschließung zu Gegenstand 4 und 5 der Tagesordnung kam zur Verlesung und wurde zur Aussprache gestellt. Sie kam einstimmig zur Annahme und hat folgenden Wortlaut:

Entschlieung

Der zehnte ordentliche Verbandstag des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands protestiert gegen die einseitig die Ar-

beiterchaft schwer belastenden Finanzmaßnahmen der Reichsregierung durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931. Die darin enthaltenen Bestimmungen verschärfen den bereits unerträglich gewordenen Notstand der Arbeitslosen sowie der noch in Arbeit stehenden Arbeitermassen. Sie senken weiter die Kaufkraft des Volkes und tragen damit zu einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise bei. Der Verbandstag verlangt daher, in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Bundesauschusses des ADGB vom 20. Juni 1931, umgehend eine durchgreifende Abänderung dieser Notverordnung und die Heranziehung auch der befristeten Bevölkerungsfreie zur Tragung der Kosten, die zur Erhaltung des Staates und seiner sozialen Einrichtungen erforderlich sind.

Zur Milderung der großen Arbeitslosennot hält der Verbandstag die Durchführung der 40stündigen Arbeitswoche, die auf fünf Tage zu verteilen ist, für ein unbedingtes Erfordernis. Die Voraussetzungen hierfür sind in allen Zweigen des graphischen Gewerbes gegeben. Es muß aber durch geschickten Zwang dafür gesorgt werden, daß für die ausfallenden Arbeitsstunden die entsprechende Zahl arbeitsloser Kräfte in die Betriebe eingestellt wird und ein ausreichender Lohnausgleich erfolgt, um die Lasten der Arbeitszeitverkürzung nicht allein auf die Schultern der Arbeiterschaft zu legen.

Bei dem Gegenstand

Agitation

Am es zu einer interessanten Aussprache, die sich zeitweilig recht lebhaft durch die temperamentvollen Ausführungen der Kolleginnen gestaltete.

Kleemann (Frankfurt a. M.). Aufklärung muß in unsere Mitglieder getragen werden. Die Entscheidungen der letzten Zeit auf politischem Gebiet sind von größter Tragweite. Wahres Führertum zeigt sich darin, daß es sich nicht von Augenblicksstimmungen leiten läßt. In den Versammlungen ist Aufklärung kaum möglich, kommunisistische Agenten lassen in ihrer verlogenen und demagogischen Art ruhige, fördernde Arbeit nicht aufkommen. Durch entsprechende Lesarten kaum viel zur Aufklärung der Mitglieder gesehen, deshalb ist dem Vorstand die Anschaffung von Broschüren und aufklärenden Schriften über die Gegner der Bewegung sehr zu empfehlen.

Elisabeth Harder (Berlin) erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten Ufermann und Grohmann einverstanden. Sie beklagt sich, daß so wenig Frauen auf dem Verbandstag anwesend sind und verlangt, daß in Zukunft bei der Wahl mehr Rücksicht auf die weiblichen Mitglieder genommen wird. Verschiedene Gauen haben gar keine weiblichen Delegierten, auch Berlin hat zu wenig. Der Verdienst mancher Kolleginnen ist so gering, daß er eine weitere Kürzung nicht vertragen kann. Das muß bei Einführung der 40-Stunden-Woche beachtet werden.

Martina Merker (Verbandsvorstand) kann der Kollegin Harder nicht voll beistimmen. Die Frauen sollen sich mehr um die Gewerkschaftsarbeit und um ihre Wahl selbst kümmern. Sie sollen sich nicht auf die Männer verlassen. Hätten alle Frauen weibliche Delegierte gewählt, wäre ihre Vertretung hier auf dem Verbandstag stärker.

Löwy (Rheinb.) äußert sich zur Jugendaufklärung. Von 900 Hilfsarbeitern am Niederrhein sind 70 Proz. Jugendliche. Kaum 500 sind vom Hilfspersonal organisiert. Das liegt am Charakter der ländlichen Bevölkerung. Die Aufklärungsarbeit dort ist sehr schwer. Im Rheinland ist das weibliche Hilfspersonal zu wenig am Verband interessiert. Die Kollegin Merker hat mit ihren Ausführungen durchaus recht, die Frauen haben selber schuld, wenn sie so schwach vertreten sind. Schwer ist noch am Rhein die Agitation wegen der Christen, die wohl mit hohen Beiträgen paradiesieren, sie aber nicht in dieser Höhe einzahlen. Reichere Mittel zur Agitation für die Jugendlichen sind durchaus notwendig.

Zda Rächter (Berlin) bedauert das mangelnde Interesse der Frauen an der Verbandsarbeit. Sie schließt sich den Ausführungen von Harder an. Die Frau soll nicht annehmen, daß die Männer sie vertreten, das können sie auch nicht, wenn sie ruhig wollen. Nimmt die Frau das Recht auf Arbeit in Betrieben in Anspruch, hat sie auch die Pflicht zur Arbeit im Verband. Von Doppelverdienern ist beim Proletariat überhaupt nicht zu sprechen. Der wirtschaftlich Stärkere hat Rücksicht auf den Schwächeren zu nehmen. Manches junge Mädchen, das bei ihren Eltern wohnt, steht sich besser als eine verheiratete Frau, die Mithelferin der Familie ist.

Maria Joss (Stuttgart). Kollegin Harder hat vollkommen recht. Wir werden von den Männern in den Betrieben unterdrückt und manchmal sogar ausgelacht, wenn wir unsere Wünsche anmelden. Allerdings müßten die Frauen mehr aktiv werden. Würden wir so vorgehen wie die Kollegin, könnten wir, da wir die Mehrheit im Verband haben, auf dem Verbandstag stärker als sie vertreten sein. Während des Krieges ruhte die Verbandsarbeit fast nur auf uns. In unserem Gewerbe haben wir keine Doppelverdiener, selbst wenn

ein Mann 40 M. verdient und seine Frau mitarbeitet, kann man es ihr nicht verdenken. Wenn es einer Frau allerdings möglich ist, soll sie zu Hause bleiben. Verurteilt die Frauen nicht, wir sind durch unsere Tätigkeit im Betriebe und Haushalt verurteilt genug.

Bejer (Leipzig). Die Frage der Doppelverdiener kann nicht verschwinden, sonst darüber schon geredet und geschrieben wurde. Mit dem Wort Doppelverdiener wird viel Unfug getrieben, bei Betriebsstilllegungen oder -einschränkungen sollen zuerst die sogenannten Doppelverdiener entlassen werden. Der Redner erklärt einen Fall, was alles als Doppelverdiener selbst in Kollegentreifen fälschlich angesehen wird. Mit der Zustimmung zur 40-Stunden-Woche sollen wir vorsichtig sein, und in der Hauptsache auf Einstellung von Arbeitslosen drängen. Oft werden in den Betrieben den Frauen Arbeiten zugemutet, die sie tariflich nicht zu verrichten brauchen. Der Redner spricht dann über die Agitation in den verschiedenen Branchen, wozu auch die Unterstützung der Gehilfen notwendig ist, gerade bei der Entlohnung. In Leipzig sind auch die Frauen im Vorstand und anderen Körperschaften entsprechend vertreten. Wollen die Kolleginnen auf dem Verbandstag vertreten sein, müssen sie sich auch in den Versammlungen sehen lassen und sich dort bemerkbar machen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. Kühn (Berlin). Agitation ist Propaganda für unsere Idee. Wir müssen die Massen zum Siege führen und mit aller Kraft dafür tätig sein. Wir haben es durchaus nicht notwendig, mit den Anhängern der AGD. zu sympathisieren, sie sind die Lobfeinde der Gewerkschaften. Aber auf die Indifferenten müssen wir einwirken. Radikal sein, heißt, im Rahmen des Möglichen vorwärts zu kommen, und nicht in der Arbeit zu erlahmen. Heute müssen wir beobachten, daß die Frauen in ihrem Minderheitsgefühl zurückbleiben. Führer soll sein, der das geistige Rüstzeug dazu hat, gleichviel ob Mann oder Frau. Denken wir an Paula Thiede.

Sornke (Verbandsvorstand). Wir entsenden verhältnismäßig immer noch die meisten Frauen als Vertretung auf die Verbandstage. Wir entfielen auf die Bundeskonferenz mehr Frauen, als dort überhaupt gewesen sind. Die Frau beteiligt sich nicht in dem Maße an der Verbandsarbeit, wie es notwendig wäre. Beordern können wir keine Frau. Den weiblichen Mitgliedern muß gesagt werden, daß sie sich mehr zur Mitarbeit zur Verfügung stellen müssen. Wird die Kollegin reger tätig sein, wird sie auch zur stärkeren Vertretung auf dem Verbandstag herangezogen werden. In diesem Sinne muß gearbeitet werden. Aber die Frage der Doppelverdiener können allgemeine Beschlüsse nicht gefaßt werden. Vielleicht kann, man, in einzelnen Orten nach reiflicher Prüfung hier und da einwirken. An sich bedauern wir, daß nicht mehr Frauen hier vertreten sind und sie sich, obwohl wir intelligente Kolleginnen haben, nicht mehr bemerkbar machen.

Mey (Düsseldorf). Wir halten mit dem Graphischen Kartell dauernd Fühlung, um so in gemeinsamer Arbeit gut vorwärts zu kommen. In Düsseldorf haben wir ein schweres Arbeitsfeld und Gegner in den Christen und der AGD. Gute Referate haben wir in unseren Versammlungen geboten, haben Ausflüge arrangiert und andere gesellige Veranstaltungen getroffen. Die beiden Referate sollten in Broschürenform erscheinen, sie könnten uns bei der Agitation gute Dienste leisten. Aber die 40-Stunden-Woche hat eine Versammlung in Düsseldorf einen guten Vortrag entgegengenommen. Er dankt den Gehilfen für geleistete Mitarbeit.

Grohmann (Berlin) spricht zur Agitationsweise der AGD, die besonders bei den Frauen Erfolge erzielen will und auf diesem Gebiete große Anstrengungen macht. Jetzt sind Berliner Versammlungen arbeitsfähig gemacht worden, so daß auch die Frauen sich betätigen können. Besondere Frauenversammlungen werden in Berlin abgehalten, um sie für bestimmte Themen zu interessieren. Mit viel größerer Energie muß gegen die verheerende Tätigkeit der AGD-Deute vorgegangen werden, der Verbandsvorstand muß da für Aufklärung sorgen. Der Redner gibt interessante Einzelheiten über die Tätigkeit der Kommunisten bekannt.

Lina Wolf (Dresden) drückt ihr Bedauern aus, daß keine weibliche Referentin auf diesem Verbandstag zu hören war. Bei der Bekämpfung der sogenannten Doppelverdiener kommt es oft zu trassen Ungerechtigkeiten, so daß Frauen überhaupt vom Nachweis nicht mehr vermittelt werden. Wir verlieren durch diese Behandlung oft weibliche Funktionäre, die sich verärgert zurückziehen. Auch in Dresden ist guter Erfolg mit Frauenversammlungen gemacht worden, andere Orte sollten das nachmachen.

Kollegin Ny (Leipzig) sprach ebenfalls in dem von den weiblichen Delegierten geäußerten Sinne über Doppelverdiener. Sie selbst ist ein Opfer der fälschlichen Maßnahmen, wie sie oft in den Betrieben leider propagiert werden.

So viel von dieser Aussprache. Es kommt zur Abstimmung über die oben erwähnte Entscheidung.

Genosse Dr. Seelbach, Leiter der Bundeskonferenz in Bernau, erhält dann das Wort zu seinem Vortrag

„Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse.“

Der Redner sagte u. a. folgendes:

Wenn der Verband auf seiner diesjährigen Tagung dieses Thema behandeln läßt, folgt er damit einer bewährten Tradition der Gewerkschaften, den Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft ein besonderes Interesse zuzuwenden. Er folgt aber auch den Notwendigkeiten, die sich in der Nachkriegszeit durch die neue Stellung in Staat und Wirtschaft ergeben haben und die eine weitere Aufklärung der Mitglieder und eine systematische Schulung der Funktionäre bedingen. Er berührt nicht zuletzt die brennenden Fragen der Gegenwart, die durch die Weltwirtschaftskrise und den vielseitigen Widerstand des Bürgerturns entstanden sind. In dieser Stunde ist es doppelt notwendig, daß die Arbeiterschaft sich nicht von verzweifelten Stimmungen und unüberlegten Aktionen hinreißen läßt, sondern sich fähig erweist, einer sorgfältig prüfenden vernünftigen Überlegung zu folgen, ohne dabei ihre Ideen und Forderungen preiszugeben.

Genosse Seelbach berichtete über die Erfahrungen an der Bundeskonferenz in Bernau, an der Wirtschaftsschule Düsseldorf und in zahlreichen Abendveranstaltungen im Industriegebiet Rheinlands und Westfalens. Es zeigte sich immer wieder, mit welcher Wärme und welchem Interesse Bildungsfragen in der Arbeiterschaft selbst erörtert werden. Daß manche Bildungsversuche, Volkshochschulen oder andre Bildungsbestrebungen der Erwachsenen gescheitert sind, liegt nicht an den Arbeitern, auch nicht an so manchen schwierigen Umständen der letzten Jahre, sondern an der Kunst, die Gebildete und Arbeiter seit einem Jahrhundert und noch länger trennt und als Folge unseres öffentlichen Bildungswesens auch in unserem demokratischen Staate noch weiter besteht.

Von den Bestrebungen der Erwachsenenbildung hat die gewerkschaftliche Bildungsarbeit sich am erfolgreichsten entwickelt. Das liegt nicht nur an äußeren Gründen, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder besser und finanziell unterstützen können, sondern hat auch seine inneren Gründe, in dem Vertrauen, in der eigenen Sprache, vor allem in der Kulturauffassung, die von der gewerblichen Tätigkeit und Klassenlage des Arbeiters heraus neue geistige und seelische Werte entwickelt. Nachdem der Referent das Wesen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in enger Verbindung mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung und die verschiedenen Formen derselben eingehend dargestellt hatte, sagte er die Bedeutung dieser Bildungsarbeit nach folgenden Gesichtspunkten zusammen: gewerkschaftliche Bildung ist Zweckbildung. Sie will die gewerkschaftliche Betätigung wirksamer gestalten. Sie verleiht aber auch eine höhere Allgemeinbildung, indem sie die Erfahrungen der Arbeiterschaft in größeren Zusammenhängen aufzeigt. Sie erfaßt den ganzen Menschen und verpflichtet ihn zur sozialen Betätigung. Wie die gewerkschaftliche Arbeit immer wieder an einen Punkt kommt, der sie in Konflikt mit der bestehenden Wirtschaftsordnung bringen muß, so muß auch die gewerkschaftliche Bildungsarbeit sich die Umformung der Gesellschaft als letzte Aufgabe setzen und damit sich zur sozialistischen Bildungsarbeit erweitern.

Kollege Sornke erklärt zu dem Thema „Bildungsarbeit“, daß der Verband die Nutzenwendungen aus den Ausführungen des Genossen Seelbach bereits früher gezogen hat. Der Verband wendet viel Geld auf, um tüchtige Funktionäre heranzubilden. Es wurden von ihm nicht nur die Bundeskonferenz in Bernau, sondern auch die Arbeiterakademie in Frankfurt und die staatlichen Wirtschaftsschulen besichtigt, ebenfalls Tinz. So soll es auch in Zukunft bleiben. Ja, die Sonderkurse des Verbandes sollen noch ausgebaut werden.

Taubrich (Dresden) anerkennt die Tätigkeit von Seelbach an der Bundeskonferenz. Die Bildungsarbeit des Verbandes war hervorragend, auch die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder als Gastreferent verdient Anerkennung. Die Erfolge waren befriedigend, das hat sich bei der Amtsführung der Funktionäre, die die Schule besuchten, gezeigt. Aber auch im Gau Dresden wird wesentlich gearbeitet an der gewerkschaftlichen Ausbildung der Mitglieder. Die beste Agitatorin ist die Frau, sie muß daher zur Arbeit herangezogen werden. In Dresden sind mit der Mitarbeit der Kolleginnen gute Erfahrungen gemacht worden. In der Bildungsarbeit dürfen wir große Kosten nicht scheuen, sie sind immer gut angewendet. Die Ausführungen von Grohmann sind stark zu unterstreichen, wir müssen auf die Leute von der AGD. ein aufmerksames Auge haben.

In der Aussprache kommen noch zum Wort: Vorhert (Berlin), Anna Merker (Verbandsvorstand), Hildegard Ny (Leipzig), Kaufmann (Glogau), Piñer (Bremen), Elisabeth Harder (Berlin), Koppold (Mugsburg) will neben Bildungs- und Erziehungsbewegung im Sinne der Arbeiter- und Kulturbewegung. Die „Solidarität“ müßte mehr darüber bringen.

Kujath (Berlin). In der „Solidarität“ ist genügend darüber gebracht worden, man muß sie nur aufmerksam lesen. Dem Verbandsvorstand ist zu danken, daß er sich einen guten Funktionärkörper heranzubildet. Wir müssen unseren Kampf mit geistigen Waffen austragen, wir verzichten auf Rollkommandos und proletarische Abschreibungen. Mehr Material für die Jugendarbeit wäre zu begrüßen. Die Kollegen im Steindruck haben alle Veranlassung, sich mit Eifer und Ernst der Agitation zu widmen. Wenn wir unsere ganze Kraft dafür einsehen, kann es nicht an Erfolgen fehlen, werden wir auch im Steindruck weiterkommen.

Hornke macht in einer Erwidrerung darauf aufmerksam, daß wir auf dem Verbandstag eine stets steigende Tendenz der Zahl der weiblichen Delegierten haben. Auch bei der Besichtigung der Schule in Litz sind die Kolleginnen bevorzugt worden. Wir können nicht auf jedem Verbandstag ein Referat für die Kolleginnen halten lassen, wir müssen aktuell bleiben; jedesmal ein Referat für die Kolleginnen würde kein gutes Licht auf die organisatorischen Verhältnisse unserer weiblichen Mitglieder werfen. Die Agitation muß im Betriebe stark gefördert, forciert werden, wir haben zu fragen, wo bleibt das letzte Mitglied.

Den Schluß der Freitagssitzung bildete der Bericht von den Arbeiten der Statutenberatungskommission, den Schmid (München) erstattete. Mit den Ausführungen des Berichterstatters kam es bei jedem Paragraphen, für den ein Vorschlag der Kommission vorlag, sofort zur Aussprache und Abstimmung.

Sonnabend, den 27. Juni

Weiterführung der Aussprache über die Vorschläge der Statutenberatungskommission. Über die Änderungen im Statut wird noch besonders zu berichten sein. Vorerst sei aber schon bemerkt, eine Änderung im Beitrags- und Unterstützungsweisen wurde nicht vorgenommen, Beiträge und Unterstützungen bleiben in vollem Umfange bestehen.

Die Invalidentätunterstützung hat eine Erweiterung erfahren, die den alten Mitgliedern zugeht. Im § 11 Absatz 1 wird es nun heißen:

Dauernd erwerbsunfähige Mitglieder kann auf Antrag eine fortlaufende monatliche Unterstützung gezahlt werden, diese beträgt bei Eintritt völliger Invalidentät nach mindestens

750 geleisteten Beiträgen	12 M. monatlich
1300 geleisteten Beiträgen	16 M. monatlich
1400 geleisteten Beiträgen	20 M. monatlich
1500 geleisteten Beiträgen	24 M. monatlich

unter der Voraussetzung, daß mindestens 200 Invalidentätbeiträge geleistet sind.

Außerdem nahm der Verbandstag einstimmig folgenden Antrag an:

Der Verbandstag beschließt, allen arbeitslosen ausgeleiteten Mitgliedern, die in der Woche vom 22. bis 27. Juni ausgeleitet sind und die sich ordnungsgemäß nach den jeweiligen Anordnungen ihrer Ortsverwaltungen zur Kontrolle melden, eine Sonderunterstützung von je 10 M. zu gewähren.

Die Gehälter der Angestellten werden nicht geändert. Die Wahlen zum Verbandsvorstand, des Redakteurs und der Revisoren hat folgendes Ergebnis. Von 86 abgegebenen Stimmen erhielten:

1. Vorsitzender	E. Bucher	86 Stimmen
2. Vorsitzender	E. Hornke	85 Stimmen
Kassierer	H. Lohahl	86 Stimmen
Redakteur	K. Schulze	86 Stimmen

Als Mitglieder zum Verbandsvorstand:

Oskar Schäfer	83 Stimmen
Richard Arnold	84 Stimmen
Erna Börmel	84 Stimmen
Otto Kahn	84 Stimmen
Oswald Schulze	81 Stimmen
Martha Merter	85 Stimmen
Oskar Stache	1 Stimme

als Stellvertreter:

Franz Kujath	73 Stimmen
Frieda Grub	72 Stimmen
Elisabeth Harder	75 Stimmen
Therese Blessing	71 Stimmen
Gustav Kühn	76 Stimmen
Oskar Stache	73 Stimmen
Oswald Schulze	1 Stimme

für die Revisoren:

Emil Kornfeist	76 Stimmen
Paul Kihl	82 Stimmen
Walter Kowad	82 Stimmen

als Stellvertreter:

Georg Balzer	75 Stimmen
--------------	------------

Kollege Bucher dankt im Namen der Gewählten für das Vertrauen, daß den erneut Bestätigten dadurch ausgesprochen wurde. Wir sind angenehm berührt, daß unsere Arbeit Anerkennung gefunden hat. Unsere ganze Kraft und unser ganzes Können werden wir weiter in den Dienst des Verbandes stellen.

Eine Beschwerde des ausgeschlossenen Mitgliedes Walter Streichan (Berlin) gegen seinen Ausschluß aus dem Verband wird vom Verbandstag einstimmig verworfen.

Kollege Wolter will, daß solche Beschwerden der AGD-Zeitung nicht mehr entgegengenommen werden. Alle Ausschüsse, so beschließt der Verbandstag einstimmig, sind vom Vorstand zu Recht erfolgt.

Der nächste Verbandstag findet in Nürnberg statt.

Franz Herrmann dankt im Namen der Delegierten der Stuttgarter Mitgliedschaft für die gastfreundliche Aufnahme.

Gaujeisen (Buchbinder). Außerordentlich gute und fruchtbar Arbeit ist für die Organisation geleistet worden. Eine der besten gut fundierten Gewerkschaften ist der Verband und hat danach die Bestchlüsse ergriffen. Auch die Widerstände der Unternehmer würde der Verband überwinden. Die gute Kameradschaft im Graphischen Bund ist beste Bürgschaft für den Erfolg auch in diesem Kampf. Die bisher geübte Politik ist die richtige. Der Redner schließt mit den besten Wünschen für weitere erfolgreiche Arbeit.

Grundbacher (Beri) dankt im Namen der österreichischen und tschechischen Kollegen und im Auftrage des Internationalen Sekretariats der Buchbruder für die freundliche Aufnahme. Er hat auf Verbandstagen des erste Mal weibliche Delegierte reden gehört. Wir haben 43 1/2 Stunden getagt. Er wünscht gedeihliches Arbeiten für die Zukunft.

Werner (Stuttgari) spricht Worte des Dankes an den Verbandstag, der in Stuttgart so erfolgreiche Arbeit für den Verband geleistet hat.

Bucher (Schlußwort). Erhaltung und Kräftigung der Organisation ist die Parole. Wir Hilfsarbeiter sind wohl imstande, unsere Organisation so auszubauen, daß wir für die Zukunft gerüstet sind. Das haben wir auch getan, wollen aber nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. So wie bisher wollen wir weiter arbeiten. Der Verbandstag hat an den bisherigen Dingen nichts oder nicht viel zu ändern brauchen. Die Arbeit des Bundes muß dankend anerkannt werden. Der Vorsitzende dankt Graßmann, Ufermann und Seelbach, er dankt den Delegierten für Fleiß, Mühe und Ausdauer in der Arbeit am Verbandstag. Die Stuttgarter haben ihre Aufgabe gut erfüllt, sie haben dem Verbandstag den Rahmen gegeben, der für ihn notwendig war. Wir wollen nichts unversucht lassen an Auffklärung und Werbung für den Verband, neu gestärkt und neu erfüllt mit Kraft und Mut ist der Verband durch jedes Wort, das hier gefallen ist.

Mit einem Hoch auf den Verband und die freie Gewerkschaftsbewegung schloß der Vorsitzende den Verbandstag.

12. Ausschusssitzung des AGD.

Sieg über die soziale Reaktion nur durch festen Zusammenhalt in den freien Gewerkschaften

Der Ausschuß des AGD trat am 20. Juni im Reichswirtschaftsrat zu seiner 12. Sitzung zusammen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gebachte Leipart in erheben Worten des verstorbenen Kollegen Heinke, des unermüdbaren Vorkämpfers des Bauarbeiterkampfes.

In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes wies Leipart unter anderem darauf hin, daß der Bundesvorstand zu der Frage des neunten Schuljahres Stellung genommen und eine Eingabe zu der Sanierung der Invalidentversicherung an die Reichsregierung gerichtet habe.

Leipart ging dann auf diejenigen Bestimmungen der Notverordnung ein, die auf die Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit in bestimmten Industrien abzielen. Die vorgeesehenen Maßnahmen entsprechen in keiner Weise der Forderung der Gewerkschaften nach allgemeiner Verkürzung der Arbeitszeit. Eine Reihe von Verbänden sind vom Reichsarbeitsministerium zu Besprechungen in der nächsten Woche geladen worden. Leipart erörtere kurz die dadurch geschaffene Sachlage.

Der Bundesausschuß wird sich auch mit der Frage der Lehrlingsordnung beschäftigen müssen.

In der Aussprache trat Lohahl ein, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in der in der Notverordnung geplanten Art nur dann durchgeführt werden dürfte, wenn sie mit einem Einstellungszwang verbunden sei. Ebenso muß ein Lohnausgleich gefordert werden. Krauß hielt es für notwendig, daß die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium in einheitlichem Sinne geführt werden. Der Einstellungszwang muß, wenn die Arbeitszeit durch Verordnungen geregelt werden soll, durch die gleichen Verordnungen ebenfalls eingeführt werden. Leipart erklärte, daß die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit überall gegeben sind. Aber ihre praktische Durchführung nur in einzelnen Gewerbezweigen widerspricht einmal der grundsätzlichen Auffassung der Gewerkschaften und schafft außerdem weitgehende, für die Tätigkeit der Gewerkschaften wie auch für die Wirtschaft selbst unerträgliche Verschiebenheiten in den Arbeitsbedingungen der einzelnen Gewerbe.

Bernhard betonte: Die Verkürzung der Arbeitszeit bleibt die Forderung der Gewerkschaften. Sie ist eine arbeitsmarktpolitische Forderung. Wir wollen

arbeitslose Kollegen in die Betriebe bringen. Das ist die Begründung der Gewerkschaften. Die technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte sind dabei zu berücksichtigen. Aber auch unter diesen Gesichtspunkten, bei deren Erörterung auch die durch Rationalisierung eingetretene Leistungssteigerung berücksichtigt werden muß, ist die Arbeitszeitverkürzung zu rechtfertigen. Die Gewerkschaften müssen für die Arbeitslosen sorgen. Auch Brandes erklärte es für selbstverständlich, daß die Gewerkschaften an der 40-Stunden-Woche nach wie vor festhalten müssen. Eggert bemerkte, daß in den Jahren 1924 bis 1929 eine Steigerung der Produktion um 50 Proz. eingetreten sei. Angesichts dieser Produktionssteigerung, die ein nur zu 80 Proz. ausgenutzter Produktionsapparat ermöglicht hat, muß der Bund die Arbeitszeitfrage unter großen, mit langen Zeiträumen rechnenden Gesichtspunkten betrachten. Die Arbeitszeitverkürzung liegt im großen Zuge der Entwicklung. Sie darf nicht nur unter dem Eindruck der gegenwärtigen Krise beurteilt werden. Krauß unterstrich noch einmal nachdrücklich, daß der Einstellungszwang gefordert werden müsse.

Leipart stellte in seinem Schlußwort als die einmütige Auffassung des Bundesvorstandes fest, daß der Einstellungszwang auch in den Durchführungsbestimmungen festgelegt werden müsse. Bei dem Kampf um die 40-Stunden-Woche ist zu beachten, daß ihre Durchführung erst dann den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen wird, wenn sie verbunden ist mit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

Stellungnahme zur allgemeinen Lage

Die Verhandlungen über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur allgemeinen Lage“ leitete Leipart mit einem kurzen Bericht über die Schritte ein, die der Bundesvorstand bei der Reichsregierung und dem Reichsarbeitsministerium unternommen habe, um vor der Veröffentlichung der Notverordnung die Auffassung der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen. Er erwähnte insbesondere den Brief, den er einige Tage vor der endgültigen Formulierung der Notverordnung an den Reichskanzler gerichtet habe. Als die Notverordnung erschienen war, hat der Bundesvorstand gemeinsam mit dem IFA-Bund Stellung genommen und seine Meinung in Erklärungen dargelegt, die gleichfalls in der Presse erschienen sind. Er hat seine ablehnende Haltung auch in einer Unterredung begründet, die Vertreter aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Reichskanzler, dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister am 15. Juni gehabt haben.

Leipart wies in dieser Unterredung insbesondere darauf hin, daß der Lohnabbau mit Hilfe der Schlüsselorgane ununterbrochen fortgesetzt werde und daß trotzdem neue schwere Belastungen in der Notverordnung den Arbeitnehmern zugemutet würden. Es war bezeichnend, daß die Vertreter aller Gewerkschaften in ihrer absoluten Ablehnung der sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnung einig waren. Von der Einberufung des Reichstages war in der ganzen Unterredung mit keinem Wort die Rede. Die christlichen Gewerkschaften hatten daher weder Anlaß noch Gelegenheit, sich in dieser Hinsicht von den freien Gewerkschaften zu distanzieren, wie in einer Korrespondenz behauptet wurde. Die Vertreter der Gewerkschaften unterließen auch nicht, auf die Dinge hinzuweisen, die in der Notverordnung beständlicher Weise überhaupt nicht berührt worden seien. Nichts stehe z. B. darin über die Kontrolle der Kartelle. Die Vertreter der Reichsregierung verteidigten die Unabänderlichkeit der Notverordnung im gegenwärtigen Augenblick mit dem Hinweis auf die Argumente, die ihnen bei den eingeleiteten Verhandlungen über die Revision der Reparationsregelung entgegengehalten worden seien. Wenn diese Notverordnung jetzt nicht durchgeführt werde und die Regierung zurücktrete, so werde jede kommende Regierung zu noch viel schärferen Maßnahmen gezwungen sein. Die Gefahr eines Zusammenbruchs der Wirtschaft und weit größter sozialer Not könne nur gebannt werden, wenn die Finanzen des Reichs geordnet würden. Dazu sei auch erforderlich, daß im Ausland der Einbruch vermieden werde, der Regierung sei es mit ihren Sparmaßnahmen nicht ernst. Der Reichskanzler wie die beiden anderen Minister gaben die Brutalität der Bestimmungen der Notverordnung zu, sie sei aber nicht zu vermeiden gewesen, und sie könnten sich jetzt nicht auf überhastete Änderungen einlassen, die ja nicht nur von Seiten der Gewerkschaften und den ihnen nahestehenden Parteien gefordert würden, sondern auch von ihren Gegnern.

Die Notverordnung ist in Kraft getreten. Was ist nun weiter zu tun? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird gewiß keine Zeit verstreichen lassen, entsprechend der in letzter Stunde vom Reichskanzler gegebenen Zusicherung in eine Beratung über Änderung von Einzelheiten einzutreten, diese Verhandlungen möglichst bald aufzunehmen. Die Frage ist, in welcher Form die Gewerkschaften ihre Forderungen auf Abänderung der Notverordnung am wirksamsten vertreten und am schnellsten durchsetzen können.

Leipart schloß seine Ausführungen ab mit einer eingehenden Begründung der Entschliebung, die der Bundesvorstand vorlegt.

In der Debatte kam in den Reden der Verbandsvertreter die einmütige, schärfste Ablehnung der Notverordnung zum eindeutigen Ausdruck. Nachdrücklich wurden von allen Rednern die geradz unerträglichen Eingriffe in das Tarifrecht hervorgehoben, die insbesondere die Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter treffen. In Berlin z. B. tritt für den Handwerker in Gemeindebetrieben eine Stundenlohnsetzung von 27 Pf. in Solingen gar von 37 Pf. ein.

Von allen Seiten wurde mit größter Entschiedenheit die Forderung erhoben, die hohen Pensionen zu kürzen. Die Art, in der die kleinen Einkommen besteuert werden, widerspricht dem Geist der Verfassung mindestens so scharf wie die Kürzung der hohen Pensionen ihrem Buchstaben.

Als eine besondere Ungerechtigkeit wurde festgestellt, daß das Reich den Tabakarbeitern, die infolge der Reichssteuererhebung arbeitslos geworden sind, die Sonderunterstützung ohne weiteres entziehe. Wenn das Reich Arbeiter einer so langen Arbeitslosigkeit überantwortet, so muß es auch dafür sorgen, daß sie ihr Leben fristen können. Auch die Bestimmungen der Notverordnung über jugendliche Arbeiter treffe die Tabakarbeiterschaft besonders schwer, da zu ihr eine sehr große Zahl jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen gehören. Von 142 000 Arbeitern werden nach den neuen Bestimmungen 82 900 arbeitslos und ohne jede Unterstützung sein.

Die finanzielle Notlage, die noch nicht überwunden ist, und verschärft wurde durch die politische Krise, wäre durch den Sturz der Regierung sicher überaus schwierig geworden. Diese Situation muß in Erwägung gezogen werden, wenn man die politischen Entscheidungen der letzten Wochen verstehen will. Ihr Sinn war, eine weitere Erschütterung des deutschen Kreditystems zu vermeiden, eine Gefährdung der Währung zu verhindern. Es galt eine schlimmere Situation zu verhüten.

Auch heute ist die finanzielle Situation noch keineswegs gesichert. Die Devisenabzüge haben sich in den letzten Tagen wieder gesteigert. Die Maßnahmen, die die Reichsbank in dieser Situation ergreifen hat und ergreifen kann, sind ihrem Wesen nach zweifelhafte Natur. Immerhin wächst im Ausland das Verständnis für die schwierige Lage Deutschlands. Gewisse Anzeichen von Hilfsbereitschaft sind vorhanden.

Am Schluß der Debatte wurde die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschliebung zum Bundesauschuß einmütig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Entschliebung

Der Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Überzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni d. J. nicht erreicht werden kann. Die Notverordnung steht außerdem in schroffem Widerspruch zu den Grundrätzen sozialer Gerechtigkeit, die erfordert nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und den entschiedenen Kampf für ihre Abänderung in kürzester Frist. Angesichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortwährenden umfangreichen Rückbildungen von Auslandsaufgaben und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbedingten bedingten Devisenabzüge herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbeiträge dringend gefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muß diesem Ziel gewidmet sein.

Daß außerdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erlitten werden muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber anderen Kundgebungen unerantwortlicher Gegner vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung. Die Wirtschaftsnöte in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortan verneinend wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung oder für Rechnung internationaler Trusts in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzueiff entzogen werden. Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gelehrte die Übernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge fassen, z. B. für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgegenstände, deren Kostlöse im wesentlichen aus dem Auslande kommen. Solche Reichsmonopole würden die Möglichkeit der Verbindung von Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Einnahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer könnte gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angesichts der brutalen Sparmaßnahmen auf sozialpolitischen Gebieten ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben wird. Zur Verwirklichung dieser Maßnahme, die große Mittel freisetzen wird, müssen erste Schritte getan werden. Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsleben stehende frühere Beamte und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die leitende nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß verlassen werden. Notwendiger noch ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und eingeschränkt und durch das Streben nach Sonderprivilegien für die Land-

wirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Meißbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrie-Exports ist dringend geboten. Ihr Ziel muß der internationale Abbau der Zölle sein.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut ihre Forderung nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungelunde Preispolitik insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt die Lage dauernd verschlimmert; die Forderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbrauchermassen; nach Verhütung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinverlauf; nach ersten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insbesondere durch zielbewusste Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlungspolitik; nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Den Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Ausnutzung aller Kräfte weiterführen. Wir sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unjeren Verbänden zu vereinen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

In seinem Schlußwort sprach Leipart der Sozialdemokratischen Partei den Dank der Gewerkschaften für den moralischen Mut aus, den sie in den Stunden schwerster politischer Entscheidungen gezeigt hat. Die Schicksalsgemeinschaft zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die sich in diesen letzten Wochen in einer der großen Tradition beider Zweige der Arbeiterbewegung würdigen Weise bewährt hat, wird sich auch den kommenden Zeiten gewachsen erweisen.

Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Sitzung vom 13. und 14. Juni in Basel

In zwei arbeitsreichen Sitzungen von insgesamt etwas über 7 Stunden Dauer behandelte die Erweiterte Sekretariatskommission (Exekutive) unserer Internationalen einige interessante Punkte.

Aber Lohn- und Tarifbewegungen, Lohnabbau und Arbeitszeitverkürzung, Ersatz der internationalen Sekretär einen summarischen Bericht. Er lehnte sich dabei an die auf dem Amsterdamer Kongress gepflogene Diskussion und die gefaßten Beschlüsse an. Überall haben die Organisationen einen schweren Kampf zu führen gegen die breit angelegte Kampagne zur Lohnherabsetzung. Fast durchweg ist die Haltung der Löhne gehalten, während die Verkürzung der Arbeitszeit als Programmziel hartnäckig verfolgt wurde. Es erscheint ohne weiteres klar, daß eine einzelne Organisation kaum ein solches Arbeitszeitreduktionen erlangen könnte, daß es sogar schwer sein dürfte, für die Arbeiterschaft eines ganzen Landes Verbesserungen auf diesem Gebiet zu erringen; die Frage der Arbeitszeitverkürzung stellt ein typisch internationales Problem dar, das gleichzeitig mit der Aufrechterhaltung des Reallohnes betrachtet sein will.

In der hochinteressanten Diskussion sprachen sich die Redner durchweg im Sinne der Fortsetzung des hartnäckigen Kampfes für die Stützung der Löhne, für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit und besonders auch für eine weitgehende Sorge für die Arbeitslosen aus. In diesem Zusammenhang erzählt die Lage in Deutschland eine besonders aufmerksame Prüfung. In diesem Lande besteht zur Stunde im Buchdruckgewerbe eine Arbeitslosigkeit von 23 Proz., wobei andere Gewerbe noch bedeutend schlechter dastehen. Es ist nun bei den Spitzen der deutschen Gewerkschaftsbewegung und bei allen Gewerkschaften der Wille vorhanden, vor allem dieser ungeheuren großen Krise entgegenzutreten durch Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden und durch entsprechende Einstellung von Arbeitslosen. Die Kommission ist sich darin einig, daß die Internationale alle Anstrengungen darauf verwenden muß, weitere Verschlechterungen mit allen Mitteln zu bekämpfen und alle Opfer dafür in Aussicht zu nehmen. Die Erweiterte Sekretariatskommission läßt alle angeschlossenen Organisationen ein, auch weiterhin den Kampf für die Hochhaltung des Lohnniveaus und für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit gemeinsam mit der übrigen Arbeiterschaft zu führen und die internationale Geschlossenheit zu fördern durch rege Teilnahme an allen Kundgebungen in dieser Richtung.

Aber obligatorische internationale Unterstützung teilte der internationale Sekretär mit, daß anläßlich der Ausschreibung des obligatorischen internationalen Beitrages für die in Aussperrung befindlichen Kollegen Norwegens ein Verband darauf aufmerksam gemacht habe, daß für die internationale Unterstützung eine gewisse Norm aufgestellt werden und alle Umstände bezüglich der Höhe, der Dauer und des Prozentfußes der Unterstützung geprüft werden sollten.

In der Diskussion ergibt sich Übereinstimmung darin, daß eine gewisse Reglementierung Platz greifen sollte. Es werden verschiedene Punkte ins Auge gefaßt, die als Grundlage für eine solche nähere Präzisierung der bezüglichen Artikel der internationalen Statuten dienen werden. Das Internationale Sekretariat und die

Berner Kommission werden mit der Aufstellung eines Reglements beauftragt, das dann von der Erweiterten Sekretariatskommission und von den Verbänden begutachtet werden soll.

Die Bewegungen in Norwegen und Brüssel. Der internationale Sekretär berichtet kurz über diese beiden Bewegungen, anschließend an die an die Adresse der Verbände versandten orientierenden Zirkulare. Der norwegische Verband steht weiterhin in Bewegung, nachdem die durch den öffentlichen Schlichter gemachten Vorschläge beiderseitig abgelehnt wurden. Nachdem die internationale Unterstützung von der fünften Woche der Aussperrung an mit aller Macht eingeleitet hat, sind heute schon sechs wöchentliche Beiträge an den norwegischen Verband abgeführt worden. Diese Unterstützungen werden freudig geleistet, obwohl sie für die meisten Verbände angefaßt der aus der großen Arbeitslosigkeit erwachsenden Lasten ein ungeheures Opfer bedeuten.

Die Diskussion ergibt, daß die Internationale nach wie vor die Abwehrbewegung des norwegischen Verbandes kräftig unterstützen will.

Die Verhältnisse in Brüssel, wie sie sich aus dem zusammengebrachten Streit der dortigen Typographensektion ergeben, werden einer Prüfung unterzogen. Es wird der lebhafteste Wunsch ausgedrückt, es möge gelingen, die Einheit des Verbandes wieder herzustellen und die aus der unglücklichen Bewegung entstandenen Wunden restlos zu heilen. Bei beiderseitig vorhandenem ehrlichem Willen und Liebe zur Gewerkschaft dürfte es nicht unmöglich sein, eine Einigung zu finden und den Blick für die Zukunft wieder zu schärfen. Die Buchdrucker-Internationale ist einig in den besten Wünschen für das Wohlergehen der bisher so prächtigen belgischen Organisation und wird nicht zaudern, gegebenenfalls ihre Mitwirkung bei der Wiederherstellung der Geschlossenheit zu leisten.

Photographie im Verbandsbuch. Kollege Kemece hat seinerzeit dem Internationalen Sekretariat die Anregung unterbreitet, es seien, um Mißbräuche zu vermeiden, in Zukunft die Verbandsbücher mit den Photographien der Inhaber derart zu versehen, daß ein Mißbrauch ausgeschlossen sei. Es kommt häufig vor, daß Verbandsbücher entwendet oder verloren und dann mißbräuchlich benützt würden. Die Photographie im Verbandsbuch würde diese Abstände beheben.

In der Diskussion wurde Bezug genommen auf ein Schreiben des Hauptverwalters eines Verbandes, das die Mißbräuche als nicht in Betracht fallend hinfällt und den Nutzen der Anregung bestreitet. Die Kommissionsmitglieder sind im allgemeinen einem Befehl nicht abgeneigt, möchten aber für die Verbände nicht verpflichtet. Es wird beschlossen, die Anregung des Kollegen Kemece in empfehlegendem Sinne an diejenigen Verbände zu leiten, die von dem vorgeschlagenen Vorgehen einen Erfolg erwarten.

Voranschlag und Beitrag pro 1931. Der internationale Sekretär gibt Aufklärung über einige Punkte des Voranrages. Der Beitrag ist für 1931 auf 25 Schweizer Cents pro Kopf festgesetzt worden, was eine Verminderung der Einnahmen aus Beiträgen um rund 10 000 Fr. gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Es soll auch in Zukunft danach getrachtet werden, den Beitrag so niedrig wie möglich zu halten, ohne jedoch aus finanziellen Rücksichten das Sekretariat an der Erfüllung seiner Aufgaben zu hindern. Die Kommission ist einmütig dieser Ansicht und stimmt dem Voranschlag wie auch dem Beitrag pro 1931 zu.

Die Arbeiter-Radio-Internationale mit Sitz in Holland hat an die Internationalen Berufssekretariate ein Gesuch um einen jährlichen Beitrag gerichtet. Da der Internationale Gewerkschaftsbund diesbezüglich noch in Unterhandlungen steht, wird die Angelegenheit vorläufig vertagt. — Es wird aufmerksam gemacht auf gewisse divergierende Ansichten, die in der Tiefdruckfrage wieder auftauchen wollen. Das Sekretariat wird beauftragt, sich diesbezüglich mit dem Internationalen Sekretariat der Lithographen zu verständigen. — Der internationale Sekretär gibt Auskunft über die Vorarbeiten hinsichtlich der Konferenz mit den englischen Kollegen im August in Berlin. Die Anmeldungen der durch unser Sekretariat eingeladenen englischen Organisationen gehen in erfreulicher Weise ein. Die erste Sitzung ist anberaumt auf den 12. August, um 15 Uhr, im Verbandsraum der Buchdrucker, Berlin SW. 61, Dreifundstraße 5. Die näheren Abmachungen sollen mit den Führern der interessierten deutschen Organisationen getroffen werden. — Die Erweiterte Sekretariatskommission nimmt mit Befriedigung Kenntnis vom erfolgten Anschluß der Vereinigung der Maschinenfeger von Buenos Aires; der Vorsitzende heißt das neue Mitglied bestens willkommen.

Mit herzlichen Worten des Dankes für die Mitarbeit und mit dem Wunsch für gute Heimkehr schließt hierauf der Vorsitzende die gut verlaufene Sitzung, die dank der kollegialen Ob Sorge der Basler Kollegen einen prächtigen Rahmen erhielt. Auch ihnen gilt unser Dank.

Vom Schlachtfeld der Betriebsräte- wahlen

Selten wurden die Betriebsrätewahlen mit solcher Hartnäckigkeit geführt wie in diesem Jahre. Zeigte sich doch diesmal die Zerspaltung der Arbeiterschaft im hellsten Licht. Neben den verschiedenen Gewerkschaftsgruppen: freie, christliche und Hirsch-Dundersche Gewerkschaften traten die Gegner der modernen Gewerkschaftsbewegung mit einer Schärfe auf, wie dies noch niemals der Fall war. Die A.G.O.-Leute bildeten den Stoßtrupp der Kommunisten. Sie versuchten in sehr vielen Industrien selbst mit den schmutzigen Mitteln Profekten zu machen. Daneben wurden aber auch andere, früher unbekannte Listen, eingereicht. Die Nationalsozialisten waren in diesem Jahre zum ersten Male bei den Betriebsrätewahlen zu finden. Sie haben zwar keine großen Eroberungen gemacht, aber die Tatsache, daß sie überhaupt Stimmen bekamen, beweist, wie traurig es um die Einsicht der Arbeiterschaft bestellt ist. Die sogenannten Wirtschaftsfriedlichen (Gehilfen) erschienen in der Großindustrie unter den verschiedenartigsten Bezeichnungen. Es ist bedauerlich, daß diese Elemente teilweise Fortschritte, so z. B. im Ruhrbergbau, zu verzeichnen hatten.

Neben dieser Vielzahl von Listen gab es hier und da auch eine Liste unorganisierter Arbeiter. Diese interesselosen Elemente, die nie zu Opfern bereit waren und nie dazu beigetragen haben, daß die Arbeiterschaft einen größeren Anteil vom Produktionssertrag erhält, nutzen jetzt die Betriebsrätewahlen aus, um sich in den Vordergrund zu schieben. Das Betriebsrätegesetz war der gezielte Niedererschlag eines langwierigen, hartnäckig geführten Kampfes der organisierten Arbeiter um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben. Von den Elementen, die sich jetzt mit eigenen Listen an den Betriebsrätewahlen beteiligen, haben nur wenige dazu beigetragen, daß ein Betriebsrätegesetz überhaupt entstehen konnte. Nunmehr treten sie auf den Plan, um die Stoßkraft der Arbeiterbewegung zu schwächen und es sinnfällig aller Welt kund zu tun, daß die Arbeiterschaft der Tummelplatz von Geschäftemachern aller Richtungen geworden ist. Wenn, wie im oberhessischen Bergbau, neun Listen bei den Betriebsrätewahlen eingereicht werden, so kann man sich einen Begriff machen, wie weit die Zerspaltung bereits gediehen ist.

Überblickt man das Resultat der Wahlen, so kommt man zu der Überzeugung, daß die freien Gewerkschaften sich gut gehalten haben. Hier und da ist es zu Stimmenverlusten gekommen. Dem stehen an anderen Stellen Fortschritte in der Stimmen- und Mandatsziffer gegenüber. Wenn man berücksichtigt, daß die freigewerkschaftlichen Betriebsräte die Zielscheibe der schmutzigsten Angriffe bildeten, so kann man sagen, daß die Gewerkschaften bei den Betriebsrätewahlen gut abgeschnitten haben. Sie sind und bleiben der ruhende Pol in der Erscheinungen flucht. Wir wollen nur wünschen, daß die verzerrten Schafe sich um diesen Kern zielbewusster Interessenvertretung innerhalb des Betriebes bald wieder gruppieren.

Aus den Zahlstellen

Leipzig, Steindruck. Aus Anlaß des gekündigten Steindruckabkommens machten sich zwei Versammlungen notwendig. Die große Protestversammlung am 21. Mai im „Schloßkeller“ nahm mit Entrüstung Kenntnis von den eingegangenen Unternehmeranträgen. In Hand des Tarifes wurde die einzelnen Paragraphen durchberaten und unsere Anträge zur kommenden Verhandlung formuliert. Bei der Gegenüberstellung der einzelnen Anträge ergab sich deutlich die Zersplitterung der Unternehmer, allüberall bedeutende Verschlechterungen herbeizuführen. Wir blieben auf unserer jahrelang gestellten alten Forderung auf Zahlung der Buchdrucklöhne bestehen, die Unternehmer dagegen forderten nichts weniger als einen 15prozentigen Lohnabbau, Abbau der Ferien, Abbau der Feiertage, Verschlechterung der Bronzieren und Fuderentschädigung, Urlaubstage sollten in Zukunft nicht mehr voll entschädigt werden, sondern nur noch mit 60% Proz. und anderes mehr. In diesen Beispielen ist die große Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer ersichtlich, die auf Kosten der Hilfsarbeiter ihre Profitraten erhöhen wollen. Über die Verhandlungen wurde dann in der am 4. Juni 1931 tagenden Mitgliedserversammlung Bericht von der Verhandlungskommission gegeben. Die Verhandlungen gestalteten sich in Anbetracht dessen, daß die Gehilfen mit Verschlechterungen abgefunden hatten, besonders schwierig. Weiter fiel erschwerend der Abschluß der Buchbinder, welcher einen 4- bis 5prozentigen Lohnabbau, letzteren bei den weiblichen, vorzieht, ins Gewicht. In sieben Verhandlungen, davon zwei vor dem Schlichtungsausschuß, im Mantel dieser Positionen zu behalten wie die Gehilfen, als da sind Ferien in alter Fassung und volle Entschädigung, Feiertagsbezahlung, Entschädigung nach § 616 u. w. Kollege Beyer schilderte den in den letzten zwei Tagen ganz besonders hart geführten Kampf der Verhandlungen eingehend. Diese schilderten. Nun hatte der Schlichtungsausschuß, welcher am 4. Juni früh 9 Uhr tagte, das Wort. Auch dieser Verhandlungsengang wurde geschildert, eine Einigung kam ebenfalls nicht zustande. Wohl machte der Schlichter einen Vorschlag, der einen Lohnabbau von 7 Proz. vorschlag. Er wurde von beiden Parteien nicht angenommen. Den Unternehmern war der Lohnabbau zu gering, während wir auf Bezahlung des Buchdrucklohns verharteten. Damit war auch

diese Verhandlung ergebnislos, so daß für den 6. Juni erneute Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß angesetzt wurde. In der Diskussion forderte Kollege Mai den Kampf und weiterhin erhob er gegen den Kollegen Beyer den Vorwurf, daß er Anträge gestellt hätte, von denen er wußte, daß sie nicht verwirklicht werden konnten. Diese Vorwürfe wurden vom Kollegen Höhn als Mitglied der Verhandlungskommission zurückgewiesen. Kollege König als Beisitzerin beim Schlichtungsausschuß schilderte den dort geführten harten Kampf der Parteien eingehend und erludte die Versammlung, dem Vorschlag des Schlichters in Anbetracht der schweren Wirtschaftslage zuzustimmen. Ein Kampf sei in der Zukunft vollständig ausgeschlossen. Darauf stellte Kollege Mai den Antrag, dem Vorschlag des Schlichters nicht zuzustimmen. Im Schlusswort stellte Kollege Beyer fest, daß er erkaufte sei über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Er machte hierbei seiner gerechten Empörung reichlichste Luft. Nachdem er nochmals die Sachlage geschildert hatte, erlaubte er die Beschlüsse, dem Vorschlag des Schlichters zuzustimmen und der Verhandlungskommission das Vertrauen für ihre geleistete schwere Arbeit auszusprechen. Er betonte nochmals, daß es uns gelungen ist, den Lohnabbau ganz gewaltig einzudämmen, auch dem Vorschlag des Schlichters gegenüber. Zum Beispiel sind es bei den Steinblechern 5,7 Proz., bei den männlichen Hilfsarbeitern 6,24 Proz., bei den weiblichen Hilfsarbeitern, die am wenigsten Lohn haben, 5 Proz. und bei den übrigen weiblichen Sparten 6,28 Proz., so daß im Durchschnitt eine Lohnminderung von 5,7 Proz. herauskommt gegenüber den von den Prinzipalen verlangten 15 Proz. und dem Vorschlag des Schlichters von 7 Proz. In der nunmehr erfolgten Abstimmung wurde der Kommission von den über 800 Anwesenden gegen 3 Stimmen das volle Vertrauen ausgesprochen und dem Vorschlag des Schlichters in seiner abgemilderten Form gegen wenige Stimmen zugestimmt. Kollege Schmidt dankte darauf den Versammelten für die erwiesene Disziplin. Nachdem auch Kollege Beyer darauf aufmerksam gemacht hatte, daß dort, wo am Freitag der verkürzte Lohn gezahlt werden sollte, er nur unter Vorbehalt angenommen werden dürfe, da eine Zustimmung seitens der Prinzipale zu diesem letzten Vorschlag des Schlichters noch nicht erfolgt ist. Inzwischen haben nun auch die Unternehmer diesem Vorschlag, der in den weiteren Schlichtungsverhandlungen zum Schiedspruch erhoben wurde, zugestimmt.

Weimar. Die graphischen Verbände Weimars haben am 12. Juni in einer fast besuchten Versammlung nach einem Referat von Guleiter Wagnner (Buchbinder) Stellung genommen zu den Tagesfragen der Gegenwart und kamen unter ausdrücklicher Betonung und Forderung geschlossenen Handelns und solidarischen Verbundenseins zu folgendem Ergebnis: Der durch staatlichen Zwang und Unternehmerterror rücksichtslos durchgeführte Gehalts- und Lohnabbau hat nachweisbar die wirtschaftlichen Zustände in Deutschland nicht zu bessern und die Arbeitslosigkeit nicht abzumildern vermocht. Im Gegenteil: die Wirtschaftslage hat sich mit der ersten Gehalts- und Lohnabnahme noch katastrophaler gestaltet und die Finanzen des Staates völlig durcheinandergebracht. Trotz des offen zutage liegenden Mißerfolges, durch Gehalts- und Lohnkürzungen die Wirtschaft wieder anzukurbeln, verlangen die Unternehmer einen weiteren und härteren Lohnabbau sowie die Voderung der Tarif- und Sozialgesetzgebung. Und die Reichsregierung ist völlig diesem Vorwange nachgegeben. Sie hat außerdem in der neuen Notverordnung allen Arbeitenden neue steuerliche Lasten auferlegt, den Arbeitslosen, Kriegswitwen und Rentempfangern ihre sowieso schon fargen Bezüge gekürzt. Diese Elendartur muß zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und damit der Finanzen und des Staates überhaupt führen. Die graphische Arbeiterschaft Weimars verlangt daher die Aufhebung der Notverordnung in dieser Form. An ihre Stelle muß treten eine härtere Belastung aller Besitzenden, die Wiederherstellung der Kaufkraft der breiten Volksschichten und die Einführung der 40-Stunden-Woche mit Einstellungsstopp und tragbarem Lohnausgleich zwecks Einziehung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess. Mit der übrigen Arbeiterschaft sagt die graphische Arbeiterschaft Weimars allen Bestrebungen auf weiteren Lohnabbau und der Voderung der Tarif- und Sozialgesetzgebung härtesten Kampf an. Sie wird in diesem Kampf auch vor dem letzten Mittel nicht zurückschrecken.

Rundschau

„Nationalisierte“ Umgangsformen. Die Firma Da Selles-Epsler W.G., eine unserer größten Berliner Buchdruckereien, richtete nachfolgendes Schreiben an ihre Betriebsvertretung: „Unter der Belegschaft sind Elemente, die die Arbeitszeit dazu benutzen, Ballenbretter zu heben und sie zu zerlegen. Es ist uns leider nicht gelungen, dieses Gesindel zu erwidern, wir haben nur auf der Damentoilette des Buchdruckers im 1. Stock die zerlegten Bretter und die Säge hindern können. Das Zerlegen des Holzes geschah größtenteils in der zweiten Schicht und auch vor Beginn der ersten Schicht. Zur Ermittlung dieser Elemente brauchen wir dringend Ihre Unterstützung, da sonst die ehrliebenden Arbeitnehmer dadurch leicht in den Verdacht der Täterschaft geraten können. Betriebsdirektion, gez. Ohle.“ Die gesamten Funktionäre der Belegschaft der Dr. Selles-Epsler W.G. haben sich mit obigem Schreiben beschäftigt und folgendes dazu zu erklären: „Bei der Belegschaft, an deren Betriebsvertretung obiges Schreiben gerichtet ist, handelt es sich um eine Arbeitergruppe, die in einem der technisch fortgeschrittensten Betriebe des graphischen Gewerbes seit Jahren unter nicht leichtem Verhältnis ihre Pflicht getan hat. Die Nachteile der Rationalisierung hat die Arbeiterschaft fast vollständig allein getragen, bestehend aus bedeutender Einschränkung des Personalbestandes bei gleichzeitiger harter Erhöhung der Produktionsleistungen, ohne irgendwas materiell oder ideell entschädigt zu werden. Im Gegenteil, sich auch noch den üblichen Lohnabbau hat gefallen lassen müssen. Bei dem von dem Betriebsleiter in so hysterischen Ausdrücken geringen Vergehens handelt es sich um fast wertloses Verpackungsmaterial, dessen Wirtinnahme beschränken zu wollen, sind wir doch der Meinung, daß bei so geringfügigen Vergehens die Belegung der Arbeiter mit solchen Ausdrücken eine Unverschämtheit darstellt. Die gesamte freigeordnete und pflichtbewußte Arbeiter- und Angestelltenschaft, die alle Not und Opfer dieser schweren

Zeit mit äußerster Nervenkraft trägt, verwahrt sich auf das Entschiedenste gegen eine so maßlose Beschimpfung aus so geringer Ursache. Sie hat darüber hinaus starke Zweifel, ob ein Betriebsleiter, der so hemmungslos ist und so wenig Verständnis für die Psychologie der Belegschaft hat, die geeignete Person ist, um zum Wohl des Betriebes tätig zu sein.“ Für die Arbeiter und Angestellten: sämtliche Funktionäre.

Der Verbandsstag der Maschinisten und Heizer. Mitte Juni fand im Dresdener Volkshaus die 17. ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer statt. Sie war von 66 Delegierten und zahlreichen Gästen besucht. Vom Bundesvorstand des DMB, war der Kollege Eggert anwesend. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes, den der Verbandsvorsitzende Klebe erläuterte, ging hervor, daß der Maschinistenverband wie andere Gewerkschaften unter dem Niedergang der Konjunktur zu leiden hatte. Nicht geringe Leistungen für soziale Unterstützungen waren notwendig. An Arbeitslosenunterstützung allein wurden im vorliegenden Jahre 407 072 M. ausgegeben. Trotz der wirtschaftlichen Erschütterungen blieb die Mitgliederzahl stabil. Gegen 1924 ist eine Steigerung der Mitgliederzahl von rund 20 Proz. zu verzeichnen gewesen. Die vor einigen Jahren geschlossene Maschinisten-Internationale hat die Berufsfolgen von Deutschland, England, Dänemark, Österreich und der Tschechoslowakei zusammengeschlossen. Die Erfolge des Verbandes kamen besonders in dem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit zum Ausdruck. In der Reichsperiode konnte die durchschnittliche Arbeitszeit je Mitglied und Woche um 12 Stunden herabgesetzt werden. Die Löhne der Berufsfolgen stiegen von 90,9 Pf. im Jahre 1927 auf 111,4 Pf. im Jahre 1930. Der Verband hat in 20 Hauptindustrien 1260 Betriebsräte. Klebe erläuterte die Bestrebungen zwecks Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband. Es ist zu einem Abbruch nicht gekommen. Trotzdem glaubt der Maschinistenverband, daß ein gutes Zusammenarbeiten mit dem Metallarbeiterverband nach wie vor möglich ist. Nach einer lebhaften Aussprache über den Geschäftsbericht wurden einige Entscheidungen angenommen. In der einen wird die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1930 gefordert. Die zweite Entschließung fordert die gezielte Einführung der 40-Stunden-Woche. Ferner wird der Verbandsvorstand beauftragt, in der stromerzeugenden Industrie die sechs Stunden-Schicht zur Einführung zu bringen, weil die dreizehntägige Schicht den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Eine dritte Entschließung verpflichtet alle voll arbeitenden Kollegen zur finanziellen Solidarität, um die Not der arbeitslosen Verbandskollegen zu lindern. Es wurde ein neues Verbandsstatut beschlossen, welches die wesentlichen Bestimmungen des bisher gültigen aufrechterhält und die Unterstützungsleistungen unverändert läßt. Der Verbandsstag der Maschinisten ließ eine seltene Einmütigkeit in allen Fragen erkennen. Dies zeigte sich besonders zum Schluß bei den Wahlen zum Bundesvorstand. Der erste Vorkandidat des Verbandes, Klebe, wurde einstimmig und die übrigen Vorkandidaten wurden gegen wenige Stimmen wiedergewählt. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Maschinisten und Heizer nach wie vor an ihrer Berufsorganisation festhalten möchten. Es sei denn, es würde eine Organisationsform gefunden, die eine bessere Vertretung der Interessen der Mitglieder ermöglicht.

Literatur

Tabellen für jedermann. Von Arthur Wagner. Mit vielen Beispielen, Zeichnungen und Tabellen. 36, bis 50. Tausend. (4. vermehrte und verbesserte Auflage.) Umfang 88 Seiten. Gulliver brockhaus, Leipzig. Preis 1. M. und 1/2 M. Porto. Verlag Gebirder, Jäncke, Hannover. (Postkontingent 18 50 Hannover.) Eine Ummenge von Angaben, Zusammenstellungen, Statistiken. Tabellen findet man hier und zwar die gerade für das tägliche Leben von Wichtigkeit sind: die verschiedensten Rechenarten, Multiplikations-, Divisions-, Zehner-, Misch-, Faktionsrechen, Algebra, Geometrie, Zins-Rechnen, Arithmetik, Geradenrechen, Rechenlehre, chemische Formeln, Steuern und die Sozialversicherungen (Unfall-, Kranken-, Invaliden-, Arbeitslosen-, Angestellten-, Hinterbliebenenversicherungen usw.) und dies alles auf Grund der letzten Gebote und Notverordnungen bearbeitet.

Das soziale Wohnungsproblem. Richard Blinckhoff erörtert in der zweiten Nummer von „Wohnungsbau und Miete“ in ausgedehnter, umfassender Darstellung das Wohnungsproblem. Die von der Sozialdemokratischen Partei herausgegebenen Hefchen „Wohnungsbau und Miete“ zur Information über die Tätigkeit der Partei in diesen Fragen haben überall das lebhafteste Interesse gefunden.

Fritz Lenzow: „Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterfrage. Referat und Resolution auf dem Leipziger Parteitag der SPD. am 1. Juni 1931. Verlag F. v. D. Wies, Berlin. Preis 20 Pf., Umfang 22 Seiten. Es handelt sich bei den Arbeiterfragen in der ersten Hälfte um die Lebens- und Schicksalsfrage des deutschen Volkes und insbesondere der deutschen Arbeiterschaft. Deshalb muß die Broschüre besondere Beachtung finden.“

Nach kurzer Krankheitsdauer verschied unser lang-
jähriger Kollege
Wilhelm Grabensee
(Düsseldorfer Nachrichten)
im Alter von 62 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt dem Verstorbenen
Die Zahlstelle Düsseldorf.

Am Mittwoch, dem 24. Juni, verstarb unser lang-
jähriger Mitglied und Kollege, der Kassierer unserer
Zahlstelle
Gustav Hofrichter
(Druckerei Heinz)
im Alter von 65 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Ilegny in Schlesien.

Für die Woche vom 28. Juni bis 4. Juli ist die Beitrags-
marke in das 27. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mit-
gliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: G. Schulte, Charlottenburg.
Veröffentlichung: 3. Fernruf: Amt Westend 1928. — Verlag:
G. v. d. G. Charlottenburg, Geranienberg; Verband der graphischen
Arbeiter u. angelernten Deutschlands, Verbandsvorstand,
Charlottenburg 9, Westendstraße 5. — Druck: Buchdruck-
werkstätte GmDh. Berlin SW 61, Dreifundtrakte 5.